

NEWSLETTER VEREIN DER IN DER DDR GESCHIEDENEN FRAUEN

Liebe vom Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V., liebe Unterstützer*innen,

Berlin/Gera 04.02. 2018

FOKUS und ZIELGRUPPEN DER LOBBYARBEIT

Nachdem die Koalitionsgespräche am 1.2. abends zum Punkt Rente und auch Fonds für OstrentnerInnen beendet sind, liegt die Priorität nun- neben der Ansprache der KoalitionärInnen bzw. dann der Regierung und Bundestag auf die Umsetzung und Ausgestaltung des verhandelten in der laufenden Legislaturperiode- auf der Ansprache der MinisterpräsidentInnen, MinisterInnen, PolitikerInnen der CDU & SPD sowie der Opposition in den Bundesländern.

Zum einen soll seitens der GFMK (Gleichstellungs- und Frauen-Ministerinnen-Konferenz, einer Bundesländer-Gruppe) ein Bündnis aller darin für Ihre Lösung erreicht werden.

Zum anderen kann eine weitere flankierende Initiative der Bundesländer für Ihre Sache im Bundesrat erreicht werden. Dazu unten mehr. Die Arbeit daran haben Ihre UnterstützerInnen bereits begonnen. In dem Moment wird natürlich auch die Opposition im Bundestag (Die Linke und Grüne) mit ihren Anträgen wichtig, die bereits auf dem Weg sind). Also arbeiten wir jetzt auf einen Druck von allen Seiten, eine Umklammerung hin.

Es scheinen sich bereits viele Bundesländer für Ihre Forderungen ausgesprochen zu haben. Vor allem in den CDU-geführten Bundesländern etwa Sachsen-Anhalt fehlt es jetzt noch an Zustimmung und Unterstützung, um bei der GFMK und im Bundesrat Ihre Sache zum Erfolg zu führen.

Es war eine Woche, in der viel passiert ist und alle die können rund um die Uhr aktiv waren:

KOALITIONSVERTRAG

Am Freitag 26. 1. schrieb ich an mehrere Personen, die Einfluss auf die Verhandlungen haben und nutzte dafür verschiedene direkte Wege der Sozialen Medien (Twitter, Facebook, E-Mail, Facebook Messenger, Whats App) und das Telefon, also all das, was auch auf die Smartphones und in die Büros der VerhandlerInnen lief, teils ins Umfeld.

Es gab auch Antworten (Danke!), nämlich am 27.1. aus dem Zentrum des Geschehens, dass darum gerade verhandelt würde und es schwer sei. Es hieß, die Verhandlungen bauten auf dem im Sondierungspapier genannten 'Gerechtigkeitsfonds' auf, der also verhandelter Konsens ist.

Das Ergebnis wurde dann - manche von Ihnen haben sicher auch direkt davon erfahren- am Donnerstag 01. Februar abends seitens Andrea Nahles etwa via der Whats-App-Liste der SPD auf die Smartphones verkündet:

" 01.02.18, 19:15 - Spd Koalo 2018: Hallo! Ich habe die Ergebnisse zum Thema Rente für Dich. Wir folgen unserem Rentenkonzept und sorgen für mehr soziale Sicherheit für heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner.

Wir steigern das gesetzlich garantierte Rentenniveau von 43 auf 48 Prozent. Und begrenzen die Beiträge auf maximal 20 Prozentpunkte für die kommenden 7 Jahre. Denn bei der Rente müssen wir beides im Kopf haben: die Rentnerinnen und Rentner und die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Deswegen die doppelte Haltelinie.

Wir haben eine neue Grundrente vereinbart: Wer 35 Beitragsjahre aufweisen kann, bekommt eine Alterssicherung mindestens 10 % oberhalb der Grundsicherung. Alte Menschen müssen zukünftig

keine Angst mehr haben, ihr selbstgenutztes Wohneigentum - ihr Haus oder ihre Wohnung- aufgeben zu müssen, wenn sie Grundsicherung beantragen oder die Grundrente beziehen. Das stellen wir klar. Und: Die neuen Regelungen gelten für alle jetzigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Das Ganze wird von der Rentenversicherung abgewickelt, der Gang zur Grundsicherungsstelle entfällt. So schaffen wir mehr soziale Sicherheit für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und trotzdem geringe Rentenansprüche haben.

Einen echten Durchbruch haben wir auch bei der Alterssicherung der Selbständigen erzielt - ihnen steht nun der Weg in die gesetzliche Rentenversicherung offen. Alternativ können sie auch eine andere Form der Alterssicherung wählen, wenn sie strenge Kriterien erfüllt.

Die Alterssicherung der Selbständigen ist eine wichtige Maßnahme, den Wandel der Arbeitswelt in Folge der Digitalisierung sozial zu gestalten.

Immer wieder haben Bürgerinnen und Bürger vorgebracht, dass sie die Umstellung des ostdeutschen Rentensystems auf das westdeutsche Rentensystem als ungerecht empfunden haben. Auch wenn wir nicht die rechtlichen Fragen, die die Betroffenen bewegen, zu ihrer Zufriedenheit klären können, haben wir trotzdem einen Fonds verabredet, mit dem wir denjenigen, die deswegen Härten erleiden, konkrete Hilfen zukommen lassen können. Ein entsprechendes Vorgehen werden wir auch für die Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge prüfen.

Das sind nur ein paar Beispiele. Wir haben heute viel erreicht und können mit den Ergebnissen sehr zufrieden sein. Liebe Grüße Deine Andrea Nahles

01.02.18, 19:17 - Marion Boeker: DDR Geschiedene Frauen wollen Rechte nicht Hilfen.

(Ende des Parts zu Rente- WHATS App SPD Auszug, Do., 1.2.18)"

--> Betreffen der CDU -Perspektive fragen Sie bitte alle bei Frau Debertshäuser, IG Ilmenau, nach; sie ist dort in dem WhatsAppVerteiler. Sie hat gemeldet, dass die MdBs der CDU, Herrn Schipanski und Herrn Bühl, in Berlin waren und sie beide vorab noch mit Informationen zu der Sache versorgt hatte.

Am 2.2. tauschte ich mich mit Vorstandsfrau Gerlinde Scheer aus, dies zunächst nicht zu kommentieren, bevor nicht mehr bekannt ist, wie der Fonds für welche Gruppe jeweils ausgefüllt werden soll. Denn nur mit Härtefallhilfen in Einzelfällen ist der UN-CEDAW-Auftrag nicht erfüllt.

Aus gut unterrichteter Quelle heißt es, dass jede Ausgestaltung nun später Sache der Regierung und des Parlaments ist, denn weitere Detailfragen kommen nicht in den Koalitionsvertrag.

--> Den Parteien nach sitzen bis heute, Sonntag, 4.2. die Arbeitsgruppen am Text und es ist zu hoffen, dass die Terminologie vom "Härtefall" und den "Hilfen" am Ende doch noch zu 'auszugestaltendem Gerechtigkeitsfond' modifiziert wird.

(der Text oben war eine persönliche Äußerung von Andrea Nahles, nicht der redaktionell bearbeitete Schlusstext des Koalitionsvertrages)

Da das BMFSFJ, MBAS, BMJ u.s.w. die UN-CEDAW-Forderung seit 3/2017 prüfen, werden sie der Regierung, gleich welche Regierung was vereinbart, ihr Ergebnis vorlegen, die der Bundestag weiter modifizieren kann. Und s.o.: Die GFMK und andere Gremien wie die 2. Kammer können tätig werden.

BRANDENBURG- Landtags-Antrag beschlossen einstimmig

Am Mittwoch, 31. 01. wurde im Landtag in Potsdam der Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN während 55. Sitzung unter Punkt

14. der Tagesordnungspunkt als Drucksache 6/8019 einstimmig nach einer Debatte verabschiedet. Die Debatte konnte besucht werden und live im TV Regionalprogramm sowie online verfolgt werden, der Antrag wie verabschiedet findet sich hier (s. blauer interaktiver Link) als Drucksache [6/8019](#), Neudruck, da die CDU-Fraktion sich zuletzt noch beteiligte, - oder hier https://www.landtag.brandenburg.de/de/termine/55_sitzung_des_landtages_brandenburg/821275?referer=396595&terminart=bb1.c.395990.de

Hier wurde ein Entschädigungsfonds gefordert; die Debattenbeiträge waren sehr qualifiziert und informiert. Hierzu erschienen Artikel wie im ND <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1078166.im-osten-geschieden-tut-heute-weh.html>

oder in der Lausitzer Zeitung https://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/geschiedene-frauen-sollen-gerecht-behandelt-werden_aid-7141407

IN DEN MEDIEN

FERNSEHEN+++

Die OTZ berichtet am 3.2. auf der 1. Seite unter der Headline "**Härtefonds in der Rentenversicherung soll Menschen am Existenzminimum helfen - DDR-Geschiedene könnten profitieren**" zum Koalitionspapier von Union und SPD <http://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Haertefonds-in-der-Rentenversicherung-soll-Menschen-am-Existenzminimun-helfen-640948241>.

Ein ZDF-Beitrag seitens Frau Schaefers, Redakteurin des ZDFs, nun im Hauptstadtstudio ist in Arbeit.

Hanna Kirchner trat in der Sendung des **MDR TVs, FAKT IST am MONTAG, 29. Januar 2018 ab 22:05 Uhr** zum Thema Altersarmut auf. Sie wurde einzeln in der Mitte der Sendung interviewt [ab Minute 25:00 etwa]. Die Sendung kann hier in der **Mediathek** angeklickt werden (hier 2 Links zur Sicherheit):

https://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/video-171682_zc-7748e51b_zs-1638fa4e.html

https://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/sendung776992_date-20180129_inheritancecontext-header_ipgctx-false_numberofelements-1_zc-b436a22b_zs-1638fa4e.html

Es war zeitlich - während der Koalitionsverhandlungen- gut, dass der MDR das Thema so hervorhob. Hanna Kirchner stellte das Grundproblem und die Forderungen vor dem Hintergrund der Forderungen der Vereinten Nationen sehr gut im Einzelinterview heraus.

Leider gingen die die Diskussionsteilnehmenden dann nicht mehr darauf ein. Auch der MdB Tilo Sorge (CDU), der zuvor noch bei der allgemeinen Diskussion über 'Ostrentner' auf seine Oma verwies, griff hier nicht ein. Mit ihm hat die IG des Vereins in Magdeburg mehrfach Gespräche geführt. Frau Kirchner wird erneut auf ihn und andere, wie nun auch auf Ministerien und Ministerpräsident Haseloff zugehen.

Letzterer, der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff, macht sich am Folgetag in der **VOLKSTIMME vom 30.1.** für die Ostrentner stark <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/minister-praesidenten-der-osten-macht-druck-bei-den-renten>. Im Artikel wird Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, zitiert: <<Zum Zweiten machen sich die Ostländer für in der DDR geschiedene Frauen stark, die seit Jahren erfolglos für eine bessere Alterssicherung kämpfen und oft von Sozialhilfe leben. „**Wir müssen die Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, endlich mal lösen**“, sagte Manuela Schwesig. Sie schlägt einen Härtefallfonds vor.>> Zuletzt hatte für die Volksstimme am 22.11.2017 Franziska Ellrich berichtet <https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/rentenrecht-geschieden-und-benachteiligt>

Der Deutschlandfunk nahm am 1.2. die Nachricht vom Fonds auf als 'Sonderfond' und nennt die in der DDR geschiedenen Frauen als einer der Gruppen, für die er gedacht sei:

http://www.deutschlandfunk.de/ostrentner-union-und-spd-planen-sonderfonds-fuer.2932.de.html?drn:news_id=846119 und verändert den Begriff am 2.2. zu "Härtefallfonds"
http://www.deutschlandfunk.de/union-und-spd-einigung-beim-thema-rente.1939.de.html?drn:news_id=846143

Dies ist keine vollständige Presseschau: auch andere Zeitungen nahmen das Thema auf.

In Sachsen Anhalt wurden von Hanna Kirchner, der IG, und mit Hilfe des Büros der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg, **INFORMATIONSPAKETE an die 16 Bundesländer, die MinisterpräsidentInnen, an den Bundesrat und Bundestag** versandt: mit den Forderungen, dem Buch "Mütter ohne Wert" und der Ausstellungsbroschüre.

Frau Seefeld aus Halle hatte darauf hingewiesen, dass der **Mitteldeutsche Verlag** die Exemplare von **"MÜTTER OHNE WERT"** für 2,50 EUR das Stück für die Lobbyarbeit zur Verfügung stellt. Frau Seefeld vermittelt die Buchwünsche. Darin sind 13 Fallgeschichten betroffener Frauen sowie ein gutes Nachwort von Frau Seefeld über den Fall und die Forderungen. Sie können Frau Seefeld erreichen unter E-Mail: **dseefeld@gmx.de**

SONDERKONFERENZ DER GFMK

Wegen der DDR geschiedenen Frauen sollen, so war zu vernehmen, sich die Frauen- und GleichstellungsministerInnen der GFMK schon im Vorfeld abgestimmt haben.

Es fehlen aber noch einige, die dafür gewonnen werden müssen, vornehmlich aus CDU-geführten Bundesländern! Diese kann der Verein, müssen durch die IGs, die Unterstützenden angesprochen werden. Es fehlt manchen aus dem Westen noch an Kenntnis allgemein, im Osten ggf. an Kenntnis über die Vereinten Nationen und deren Dringender Aufforderung und verbindlicher Bedeutung von UN CEDAW. Gut ist auch, das Buch "Mütter ohne Wert", die Broschüre und das Skript von Astrid Springers Radiosendung weiterzugeben. Die Bremer Sozial- und Frauensensorin Anja Stahmann übernahm am 1. 1. den Vorsitz der 28. GFMK. Sie wird u.a. "die systembedingten Rentennachteile von Frauen mit Erziehungszeiten in der früheren DDR" behandeln.

<https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/> Die Termine sind verschoben worden
<https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/Termine.html>

BUNDESTAG

Neben dem Antrag der Fraktion DIE LINKE m Bundestag wird nun auch ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorbereitet. Es dürfte also zu einer Bundestagsdebatte mit Beiträgen aller Fraktionen kommen.

AUSGESTALTUNG DES FONDS - In der DDR geschiedene FRAUEN MÜSSEN MITREDEN

Betreffen der Forderungen machen einige der Frauen des Vereins, aus den IGs verschiedene detailreiche Vorschläge, die ich sammle. Besonders danke ich Frau Staack und Frau Blaut.

Es wäre zu früh, diese im Detail zu veröffentlichen, da sie ggf. aus dem Zusammenhang gerissen werden könnten und falsch als vollständige Lösung ausgelegt werden könnten. Sie werden in den Ausgestaltungsprozess eingespeist, wenn der Verein angehört wird und alle Facetten darlegen kann.

LÖSUNG MUSS DAUERHAFT FINANZIELLE BESSERSTELLUNG BEDEUTEN

Hiermit greife ich einen bedeutsamen Hinweis der Betroffenen R. Prell auf:

Akzeptabel ist nur eine Lösung, je ein Betrag, der nicht gleichzeitig mit anderen Transferleistungen verrechnet wird oder steuerlich so belastet wird, dass den Frauen keine höhere faktische Summe Brutto/brutto zukommt, - d.h. es muss eine positive Mehrleistung in der Rente bedeutet. Das trifft auf monatliche Aufzahlung der individuellen Rente zu genau wie auf eine Entschädigungssumme.

DIE FORDERUNGEN

Nach: Vereinte Nationen, 66. Sitzung des Menschenrechts- Überprüfungsausschusses des Abkommens über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), Abschließende Bemerkungen vom 08.03.2017 (CEDAW/DEU/CO/7-8), Absatz 49, 50, und 55

Die Zeit drängt, deshalb sollte, obwohl anders nummeriert, schnellstmöglich zuerst die Entschädigung an alle betroffenen Frauen ausgezahlt werden: da die meisten hochbetagt und mittlerweile um die 80 Jahre alt sind. Bei der Meldung für die Entschädigung sollten Sie dann alle Formalitäten, den Kontakt, die Unterlagen für die individuelle Neuberechnung ihrer Renten (Nachzahlung & Aufbezahlung) einreichen und einleiten können.

I.

- **AUSGLEICHSFONDS** (steuerfinanziert)
- Der Verein hat einen Sitz im Beirat/Begleitgremium des Fonds, nimmt an Sitzungen teil, Mitspracherecht: er soll die am weitesten gehenden Mitwirkungsrechte eingeräumt bekommen (Stimmrecht?)
- Individuellen Berechnung der DDR-Rentenansprüche, welche gestrichen/ nichts anerkannt wurden
- Nachberechnung
- Aus- d.h. einmal Nachbezahlung Jahre ab Eintritt in Rente (außer der Jahre, bei der manche ggf. doch einen Versorgungsausgleich geltend machen (2. Ehe-Scheidung nach Einheitsvertrag)
- -ab Stichtag nach Antrag/ Bewilligung Aufzahlung auf den monatlichen Rentenbetrag

II.

- **ENTSCHÄDIGUNG:** Einmalsumme für unter oder über 28 Jahre (>28<), Jahre XX nach Renteneintritt Unrecht pro Betroffener: denkbar hier auch alternativ als monatlich Anzahl von X Rentenpunkten, ggf. als Optionsrecht (Wahl, was einer jeden Betroffenen als besser erscheint)- müsste fiskalisch nicht dramatisch sein, s. hohes Alter.
- Idee (bc): Der Ausgleichsfonds könnte ähnlich der EVZ zusätzlich langfristig als Stiftung zur frühen Bildung über Rentenmodelle und Rentengerechtigkeit, Monitoringstelle geschlechtergerechte Altersrente mit Beschwerdestelle fungieren, d.h. eine Aufgabe erhalten, die in die Zukunft weist und an die Frauen des Vereins erinnert.

III.

- Die Arbeit des Fonds wird mit einer politischen Debatte und Entschuldigung im Bundestag aufgenommen.